

Die „Welt“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus-
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für West-Deutsch-
land 16,- M. in voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 1,50 M. Für Vor-
bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unser Streifen-
bezug für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.
jährlich Vorauszahlung, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M.
Verkauf, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 68.

Die abgeordneten Hauptstellen über deren Raum keine 4.- M. einschließlich
Transportzuschlag. Klein-Anzeigen: Das fertige Drucke Wort 2.- M., jedes weitere
Wort 1,50 M., einschließlich Transportzuschlag. Ausland-Anzeigen laut Tarif.
Werbungs-Kontingente und Stellen-Bezüge 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Bezüge
in Wort-Anzeigen das fertige Drucke Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M.
Preisprozent: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4640, 4622

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Zentrum der deutschen Reaktion

Die außerordentliche Gefahr!

Paris, 7. Februar.
„Petit Parisien“ spricht von der lebhaften Agitation, die in ganz Deutschland herrsche, um die offizielle Weigerung der deutschen Regierung, die der Staatsrat hinsichtlich des Pariser Abkommens bestätigt habe, zu verstärken. Das Blatt spricht namentlich von der Lage in Bayern, das das Zentrum der deutschen Reaktion geworden sei. Die bayerische Regierung wolle weder in der Entwaffnungsfrage, noch in der Reparationsfrage nachgeben. Sie sagt nicht ohne Berechtigung, wenn Deutschland nicht entwaffnet sei, werde es um so stärker sein, die Reparation verweigern zu können. Angesichts der allgemeinen Erregung beschreibe man, daß die Offiziere der Kontrollkommission das Opfer neuer Angriffe würden, wenn die Regierung nicht einschreite, und sie scheine dazu nicht geneigt. Dann müsse man sich fragen, wann die Konferenz von London stattfinden und ob sie überhaupt stattfinden. Die alliierten Regierungen können sich schon jetzt darüber beraten.

Bayerische Kampfanfrage

Aus Nürnberg wird uns geschrieben:
Die Reichstagsfraktion der bayerischen Volkspartei gehört zu den Parteien, für die der Abgeordnete Schiffer am 2. Februar im Reichstag eine Erklärung abgegeben hatte, in der es hieß: „In der Entwaffnungsfrage werden wir die von uns übernommenen Verpflichtungen im Geiste loyaler Auslegung ausführen.“ Es wurde dann lediglich Verwahrung eingelegt gegen diejenigen Entschlüsse, die offensichtlich gegen den Friedensvertrag verstößen sollen, im übrigen aber das Schwergewicht des Protestes auf die harten wirtschaftlichen Forderungen gelegt. Nach dieser Erklärung konnte derjenige, der mit den bayerischen Verhältnissen nicht vertraut ist, zu der Ueberzeugung kommen, als ob sich die bayerische Volkspartei in der Entwaffnungsfrage umgestellt habe. Für die Reichsregierung war diese Zustimmung der bayerischen Regierungspartei in der Frage der Entwaffnung eine wesentliche Entlastung, und es sah so aus, als ob man dadurch in Berlin in die Lage versetzt werde, die inneren Schwierigkeiten zu meistern.

Die Situation ist seit Freitag umgeschlagen. Die bayerische Volkspartei hat durch eine Rundschreiben die Zustimmung zur Entwaffnung zurückgezogen und gleichzeitig Berlin den Kampf angefangen. Die Ausführungen stellen ein Meisterstück jesuitischer Sophisterei dar und drehen die von Schiffer abgegebene Erklärung ins direkte Gegenteil um. Es heißt unter anderem:

„Daß die von Schiffer abgegebene Erklärung nicht im Sinne eines Zurückweichens der Reichsregierung in der Einwohnerwehrrfrage gedeutet werden darf, geht schon daraus hervor, daß die Reichstagsfraktion der Bayer. Volkspartei ihre Zustimmung zu dieser Erklärung gegeben hat. Unsere Reichstagsfraktion, der die Auffassung der bayerischen Regierung und der bayerischen Landtagsfraktion bekannt ist, hätte nie ihre Einwilligung zu einer Erklärung gegeben, welche irgendwem an dem vorläufigen Weiterbestehen unserer bayerischen Einwohnerwehren rütteln würde. Der Außenminister Simons hat in seiner Erklärung angekündigt, daß er demnächst mit den Länderregierungen nochmals Rücksprache wegen der Entwaffnung pflegen will. Soweit es die bayerischen Einwohnerwehren anbelangt, so darf diese Äußerung wohl nur so aufgefaßt werden, daß sich der Außenminister noch einmal von der unüberwindlichen Auffassung der bayerischen Regierung überzeugen will, um ein entsprechendes Argument für seine Antwort an die Entente zu besitzen. Eine Reichsregierung, die in diesem Punkte vor ihrer eigenen, öffentlich vor aller Welt vertretenen Auffassung jetzt abweichen würde, würde eine Spannung zwischen Bayern und dem Reiche hervorrufen, die unlagbar traurig wäre in einer Stunde, wo Deutschland wie ein Mann dastehen muß.“

Dieser Umfall der bayerischen Volkspartei schafft eine vollständig neue Lage, weniger für Bayern — denn hier hat man keine andere Stellungnahme erwartet — als für das Reich und die Reichsregierung. Mit hereingefallen sind nur die nordbayerischen Demokraten, die unter der Voraussetzung restloser Zustimmung zur Schiffer'schen Erklärung die gemeinsamen Rundschreibungen mit dem bayerischen Zentrum veranfaßt haben. Die christlichen Gewerkschaften aber haben sich am 29. Januar in einer Konferenz in München von der Heimischen Politik der bayerischen Volkspartei losgesagt.

Wie kam es nur zum Umfall, der für den Bestand der bayerischen Volkspartei keineswegs gleichgültig ist? Denn der 29. Januar bedeutet die Kampfanfrage der christlichen Arbeiter gegen die reaktionäre Zentrumspolitik in Bayern und der Umfall selbst die Unterordnung unter das Diktat von Orgesch und — Moskau. Der Nationalist Escherich und der Kommunist Gras bestimmen zurzeit die Münchener (nicht die bayerische) Politik. Und die bayerische Volkspartei sitzt zusammen mit dem Herrn von Kahr nicht übel in den Kesseln. Sie hat nicht nur das Reich, nicht nur Nordbayern, sondern ein gut Teil der eigenen Parteigenossen gegen sich.

Die schwere Krise im bayerischen Zentrum und seiner Regierung kann nur dadurch gelöst werden, daß es Herrn Kahr jetzt in Berlin gelingt, eine Reichsregierung nach seinem Willen zu schaffen. Bleibt die Reichsregierung fest, dann ist der Bruch fast unvermeidlich und Herr Kahr muß — gestützt auf Münchner Studenten und Kommunistenführer — zunächst die Rolle eines deutschen d'Annunzio in Südbayern spielen. Denn Nordbayern denkt gar nicht daran, seine Industrie durch eine Kohlenblockade des Ruhrgebiets stilllegen zu lassen. Die deutsche d'Annunziade wird ihre Grenze nicht am Main, sondern an der Donau finden.

Die Konferenz mit den Staats- und Ministerpräsidenten, unter denen sich auch Herr von Kahr befand, hat am Sonnabend in Berlin getagt. Nach dem amtlichen Bericht sollen sämtliche Anwesenden mit der Stellung des Reichskabinetts einverstanden erklärt haben. Ist nun Herr von Kahr wieder umgefallen oder hat sich die Reichsregierung in der Entwaffnungsfrage dem Diktat Bayerns gebeugt? Der Außenminister Dr. Simons, der in der Ministerkonferenz über die Bedeutung der Ententeforderungen sprach, hat sich im Reichstag für die Erfüllung der Entwaffnungsbedingungen eingesetzt. Steht er auch heute noch auf diesem Standpunkt oder ist er den Organisationsfragen, die im Reichskabinett sehr stark sind, unterlegen? Dann hätte Herr Kahr gefeigt! Die amtliche Auslassung über die Ministerkonferenz ist jedenfalls so nichts sagend, daß es uns angeht, der ganzen ersten Lage dringend geboten erscheint, die Öffentlichkeit etwas eingehender zu informieren. Sie hat ein Recht darauf, zu wissen, ob Kahr oder Simons die äußere Politik bestimmt!

Phantastische Ziffern

Die englische Presse zur Rede Lloyd Georges

London, 7. Februar.
Die gesamte Presse nimmt zu Lloyd Georges Rede in Birmingham Stellung. Die Blätter stimmen der Rede zu. „Observer“ schreibt, das ganze Land stehe fest hinter Lloyd George bei seiner Forderung, daß Deutschland alles zahlen müsse, was es ohne Schaden für die gesamte europäische Gemeinschaft zahlen könne. Deutschland dürfe nicht den schweren und törichtsten Fehler einfacher Ablehnung begehen. Die volle Summe, die Deutschland zahlen könne, müsse jedoch nicht diktiert, sondern von den Alliierten und deutschen Sachverständigen in gemeinsamer Arbeit festgestellt werden. Deutschland werde für die Bezahlung der Entschädigung dadurch, daß es an ihrer Abschätzung teilnehme, vor der Welt die Verantwortung übernehmen. Groteske Ziffern und märchenhafte Entschädigungen machten nur ihre Urheber zum Spott. Das Ziel der Reparation sei Gerechtigkeit, jedoch praktische und nicht theoretische Gerechtigkeit. Der augenblickliche Reparationsplan, der ebenso wie der Friedensvertrag der annähernde Plan eines kleinen Ausbusses sei, werde niemals als Werkzeug für das dienen, was beabsichtigt war. Die in dieser Beziehung herrschenden Meinungsverschiedenheiten seien jedoch Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Methode. Der Grundsatz sei klar und anerkannt. Deutschland könne in die kooperative Gemeinschaft der Reparation nur als mitarbeitender Teil eintreten. Es dürfe die Neuherungen der Verunft nicht als Zeichen der Schwäche auslegen. Deutschland würde am allerwenigsten aus den Folgen des Verschwindens der englisch-französischen Entente Nutzen ziehen. Die Simons von Lloyd George gezeigte Anerkennung bezeichnet „Observer“ als gerecht.

In demselben Sinne schreibt „Daily News“. Das Blatt fährt aus, Simons, dem Lloyd George eine verdiente Anerkennung habe zuteil werden lassen, habe anerkannt, daß Deutschland verpflichtet sei, den Alliierten nach dem vollen Maße seiner Leistungsfähigkeit Entschädigung zu leisten. Simons würde seinem Lande einen schlechten Dienst erweisen, wenn er die Einladung zur Londoner Konferenz ablehnen würde. Von der Art der bevorstehenden Londoner Konferenz hänge die gesamte Haltung Deutschlands ab. Die Pariser Ziffern bezeichnet das Blatt ebenfalls als phantastisch. Der Vertrag könne nur durch die Leistungsfähigkeit Deutschlands festgelegt werden, die niemand, auch nur für zwei Jahre, voraus beurteilen könne.

Die „Morning Post“ giebt dem deutschen Minister des Auswärtigen Rat, die Ansichten der Gegner der englischen Regierung nicht als maßgebend anzusehen. Kein einziger dieser Gegner würde mit dieser Stellungnahme eine Erfahrung gewinnen oder eine einzige Stimme im Unterhaus erhalten. Das Blatt hebt hervor, daß Simons noch nichts beschlossen habe.

Der Reichwehrr-Doktor. Nach einer Veröffentlichung des Reichwehrrministers sind Soldaten, die den Nachweis der Berechtigung zur Führung des Doktor-Titels beigebracht haben, auf ihren Antrag in allen dienstlichen Schriftstücken, Ranglisten usw. unter Beifügung dieses Titels in der üblichen abgekürzten Form vor dem Namen, hinter der militärischen Dienstgradbezeichnung zu führen.

Das Riesengeschäft

In der Reichskasse herrscht fürchterliche Ebbe. Da die Besitzenden sich mit allen Mitteln ihrer Steuerzahlung zu entziehen wissen, werden die Finanzen des Reiches von Monat zu Monat trostloser, ohne daß aber die Regierung die Besitzenden zwingen würde, nach ihrem Können zu den Staatslasten beizutragen. Sie begnügt sich damit, jede soziale und kulturelle Forderung, die Anforderungen an die Reichskasse stellt, für unmöglich zu erklären. Weder für eine ausreichende Fürsorge der Kriegsbeschädigten oder der Erwerbslosen geschweige denn für eine großzügige Fürsorge für die Hunderttausende von unterernährten und der völligen Verelendung nahen Kinder, ist Geld vorhanden. Jede derartige Forderung wird abgelehnt, angeblich, weil die Mittel fehlen, wobei sich sogar die Rechtssozialisten herbeilassen, dieses Argument als für ihre Stellungnahme entscheidend anzuerkennen.

Aber für die Forderungen einer Erwerbslosenfürsorge ist kein Geld vorhanden. Die Agrarier brauchen nur zu schreien, um sofort der Erfüllung ihrer Forderungen durch Regierung und sämtliche bürgerliche Parteien gewiß zu sein. Angezählte Milliarden sind ihnen in diesem Jahre an Liebesgaben gewährt worden. Die Landwirtschaft schwimmt im Ueberfluß. Sie beutet die Notlage der Massen rücksichtslos aus. Sie bestiehlt den Staat und das Reich um die ihnen zukommenden Steuerbeträge. Noch heute herrscht der alte zum Himmel schreiende Zustand, daß der große Landwirt geringere Steuerbeträge leistet als der Arbeiter, der Lehrer oder vielfach sogar seine Dienstmagd.

Die Zwangswirtschaft für Getreide steht nur noch auf dem Papier. Die Landwirte leisten der Ablieferung aktiven und passiven Widerstand. Nur ein ganz geringer Teil des heimischen Brotgetreides wird an die Behörden abgeliefert. Der größere Teil wandert in den Schleichhandel oder wird verfüttert. Die Brotversorgung der städtischen Bevölkerung kann nur aufrechterhalten werden durch außerordentlich erhebliche Einfuhren von Auslandsgetreide. Dafür aber muß die Reichskasse fast 6 Milliarden Mark aufwenden, während bei ordnungsgemäßer Ablieferung durch die Landwirte höchstens ein Drittel dieser Summe nötig wäre.

Trotzdem werden den Landwirten auch noch andere Liebesgaben gewährt. Wie wir bereits berichtet haben, hat der Reichstag kürzlich beschlossen, 1½ Milliarden Mark für die Verbilligung von Mais für die Landwirte aufzuwenden. Angeblich soll damit die Steigerung der Ablieferung des inländischen Brotgetreides erreicht und der Gefahr der Verfüllung vorgebeugt werden. Das dürfte aber nicht erreicht werden, weil nach wie vor die Verfüllung des Brotgetreides an Schweine für die Landwirte viel lohnender ist als die Ablieferung. Sie erzielen auf diese Weise eine vierfach höhere Verwertung. Bei einem Getreidepreis von 75 M. für den Zentner dürfte der Preis für lebende Schweine nicht höher sein als 400 bis 425 M. pro Zentner. Statt dessen haben wir Preise von 1600—1700 M. für einen Zentner Lebendgewicht. Bei solchen Preisen ist sogar die Verfüllung von ausländischem Mais noch lohnend.

Aber obwohl die Einfuhr von Mais vollkommen frei ist, fiel es den Agrariern gar nicht ein, Mais an die Schweine zu verfüttern. Denn der Zentner Mais kostete 150 M., während das Brotgetreide für 75 Mark abgegeben werden mußte. Die Agrarier dachten gar nicht daran, erst für die Menschen zu sorgen, sie ließen ihr Handeln nur bestimmen von der Sorge um ihren Geldbeutel und verfütterten rücksichtslos das Brotgetreide.

In seiner Ohnmacht gegenüber den Landwirten sah der Reichsernährungsminister keinen anderen Ausweg als den Vorschlag, den Landwirten den Mais billiger anzubieten als das Brotgetreide abgeliefert werden muß. Im Hauptausfluß des Reichstages aber haben die Agrarier es glänzend verstanden, aus dieser Verbilligungsaktion ein Riesengeschäft zu machen. Auf Antrag Roschkes, des gerissenen Führers der Landwirte, wurde nämlich beschlossen, den Landwirten für einen Zentner abgeliefertes Brotgetreide 1½ Zentner Mais zu verabfolgen. Das Reich muß für 1½ Zentner Mais etwa 225 Mark bezahlen und erhält dafür jetzt 1 Zentner Getreide, für den bisher 75 Mark bezahlt werden mußte. Da Mais als Futtermittel annähernd denselben Wert besitzt wie Getreide, so bekommen die Landwirte durch diese Verbilligungsaktion einfach einen um 50 Prozent höheren Preis für ihr Getreide. Die selbstverständliche Pflicht, das von der Reichsgetreidestelle beschlagnahmte Brotgetreide abzuliefern, verbinden die Agrarier also mit einem unerhörtem Raubzug auf die Taschen der Steuerzahler. Sie begnügen sich keineswegs damit, Brotgetreide gegen Mais auszutauschen, sie verlangen vielmehr noch einen Zuschlag von 50 Prozent. Die Landwirte erhalten damit bereits jetzt einen Preis für ihr Getreide, der nur wenig hinter dem Weltmarktpreis zurückbleibt.

Die in Aussicht stehende Preiserhöhung für Brotgetreide, die in der bekanntesten Hinterlist aber erst einen Tag nach den Preußenwahlen beschlossen werden soll, ist damit bereits jetzt praktisch durchgeführt.

lebende Körperschaft selbst mit dem „Männerchor Norden“ aus-

Zur Klärung des Raubmordes an der Hausbesitzerin Be-

Auf der Flucht niedergeschossen. Der 32 Jahre alte Otto Schmidt,

Voranschlägliche Wetter für Berlin und Umgebung am Dien-

Gewerkschaftliches

Warenverforgungsstelle Deutscher Gewerkschaften

Mit Unterstützung des Reiches aus Mitteln der produktiven

Außer der Preislenkung hat das Unternehmen auch den Zweck,

Erreicht kann dieser Zweck aber nur werden, wenn alle

Zunächst sind folgende Verkaufsstellen eingerichtet, die am

Die Unterzeichneten richten an alle organisierten Arbeitnehmer

Zum Kauf berechtigt sind Mitglieder der Gewerkschaften, die

Aus den Organisationen

Abends 7 Uhr, in den Varnus-Allee, Müllerstr.

Arbeiter-Bildungsschule, Vorbereitungsanstalt für die Kinder, die an dem

Montag, den 7. Februar

Dienstag, den 8. Februar

Mittwoch, den 9. Februar

Donnerstag, den 10. Februar

Bereinskalendar

Montag, den 7. Februar

Dienstag, den 8. Februar

Donnerstag, den 10. Februar

Lebensmittelkalendar

Berlin-Tempelhof, Poststraße Eichmatt, „Mortelpfad“, Krankezeit von 1200 Gr.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne, Neues Volkstheater, Maria Rogalsens, Staatsoper, Madame Butterfly, Peer Gynt, Deutsches Theater, Kammerspiele, Großes Schauspielhaus, Königsgraben Str., Zekaterina, Swanowna, Komödienhaus, Berliner Theater, Trianon-Theater, Residenz-Theater, Kleine Theater, Theater im Kollendorfsplatz, Benn Liebe erwacht...

Spezialität: Zahn-Praxis Endter Nflg. Alvenslebenstraße 21, Hochbahnhof Bülowstraße

Achtung! keine Kohlennot! Wenn Sie Wert auf prompte und reelle Belieferung legen, so veräumen Sie nicht, die Neueintragung Ihrer Kohlenkarten unverzüglich bei einem der Gemeindef-Kohlenpläze

Wirtschaftsamt Reinickendorf Holz- und Kohlenhandelsstelle, Dueschler, Zinn, Zigarren, Asthma, Botenfrauen, Botenfrauen, Botenfrauen

Deutscher Metallarbeiter-Berband, Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85

Berichtigung! Die Gruppenversammlung, Konsumverein für Belfensfeld-Naumburg u. Umgegend

Stoffe, für Herren-Anzüge, Hüter, Patriote, Damen-Kostüme

Kleine Anzeigen, Verkäufe, Kaufgesuche

Möbel, Unterrichts, verschiedene